

Zu wenig Mitarbeiter: Osnabrücker Zöllner kontrollieren weniger

von Jean-Charles Fays

Osnabrück. Das Hauptzollamt Osnabrück hat ein Drittel zu wenig Zollbeamte, um die Schwarzarbeit in der Region planmäßig kontrollieren zu können. Das räumte das Hauptzollamt auf Anfrage unserer Redaktion ein.

Zurzeit arbeiten 100 Beamte bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) im Hauptzollamt Osnabrück, das für Stadt und Landkreis Osnabrück sowie die Landkreise Diepholz, Nienburg, Cloppenburg, Vechta und die Grafschaft Bentheim zuständig ist. Laut Plan müssten aber 135 Zöllner die Schwarzarbeit in der Region eindämmen. Erstaunlich ist, dass die Zollgewerkschaft BDZ bereits Ende 2014 – also vor Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – Alarm schlug, weil nicht ausreichend Personal zur Kontrolle vorhanden sei. Im November 2014 waren aber nicht weniger, sondern mehr Zollbeamte bei der FKS im Hauptzollamt Osnabrück als aktuell. Damals waren es noch 126 Beamte. Eigentlich sollten ab Januar 2015 zwei zusätzliche Beamte kommen, um die aufgrund des Mindestlohns knapp doppelt so vielen Beschäftigungsverhältnisse zu kontrollieren.

BDZ: Das geht zulasten der Aufgabenerfüllung

„Das ist natürlich sehr unbefriedigend“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende des BDZ-Zollgewerkschaftsbezirks für Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt, Holger Schoneveld: „Die Situation geht zulasten der Aufgabenerfüllung. Wir können nicht mehr präventiv tätig werden, um zum Beispiel bei vorbeugenden unangekündigten Prüfungen auf Großbaustellen Präsenz zu zeigen.“

„Die Arbeit verdichtet sich ständig“

Schoneveld ist selbst Beamter bei der FKS im Hauptzollamt Osnabrück. Zurzeit würden viele Hinweise von Behörden abgearbeitet, mit denen der Zoll zusammenarbeitet. Es bleibe aber so gut wie keine Zeit mehr, sich Gedanken zu machen, um initiativ in Bereichen tätig zu werden, wo die FKS selbst Schwarzarbeit vermute. Schoneveld begründet, warum in seiner Abteilung des Hauptzollamts Osnabrück aktuell 35 freie Stellen nicht besetzt werden können: „Wir haben Dienst am Wochenende und Dienst zu ungünstigen Zeiten. Zudem ist es eine sehr fordernde Aufgabe, weil durch das Mindestlohngesetz und den Flüchtlingszustrom zusätzliche Aufgaben wie etwa die aufwendige Kontrolle der Aufenthaltserlaubnis hinzugekommen sind. Die Arbeit verdichtet sich ständig.“ In anderen Bereichen der Zollverwaltung hingegen gebe es geregelte Arbeitszeiten und der Dienst habe sich seit 20 Jahren kaum verändert. Daher gebe es auch immer wieder Wechsel von der FKS hin zu anderen Zollabteilungen.

„Kollegen sind abgeordnet worden“

Der kommissarische Leiter des Hauptzollamts Osnabrück, Thomas Möller, sieht verschiedene Gründe für den Personalmangel in der FKS: „Zum einen sind einige Kollegen zur Unterstützung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und der Bundespolizei abgeordnet worden.“ Zum anderen würden Kollegen sich beruflich und örtlich verändern oder in den Ruhestand versetzt. Alle freien

Posten seien zur Wiederbesetzung ausgeschrieben worden. Das große Problem ist jedoch die Wiederbesetzung. „Zu den Gründen, warum sich auf bundesweite oder regionale Ausschreibungen für den Arbeitsbereich FKS innerhalb der Zollverwaltung niemand bewirbt, kann ich Ihnen keine Antwort geben“, sagt Möller auf Anfrage. Die angebotenen Ausbildungsplätze seien zum 1. August aber immerhin besetzt worden.

Zoll: „Hat sich nicht negativ ausgewirkt“

Die Auswirkungen des Personalmangels bewertet Möller anders als die Zollgewerkschaft: „Die tatsächliche Personalausstattung hat sich auf den Erfolg der Finanzkontrolle Schwarzarbeit nicht negativ ausgewirkt.“ In den vergangenen Jahren habe es nicht weniger Prüfungen und Ermittlungen gegeben.

FKS will große Betrugsfälle aufdecken

Die FKS hat nach eigenen Angaben im Jahr 2015 damit begonnen, die Arbeit neu auszurichten und einen Schwerpunkt auf die Verfolgung organisierter Formen der Schwarzarbeit gelegt. Die Sprecherin des Hauptzollamts Osnabrück, Simone Pohl, sagt: „Im Fokus der Aufgabenwahrnehmung steht die risikoorientierte Auswahl bei Prüfungen verbunden mit der Ahndung entsprechender Verstöße.“ Ziel sei nicht die Maximierung der Zahl der Kontrollen, sondern möglichst in besonders von Schwarzarbeit betroffenen Bereichen zu prüfen und die großen Betrugsfälle aufzudecken. Insgesamt werde mit der Konzentration auf risikoorientierte Kontrollen ein verstärkt qualitativer Ansatz bei den Prüfungen der FKS verfolgt.

IG Bau: Die Zollfahnder kommen personell nicht hinterher

Friedrich Pfohl von der IG Bau Osnabrück-Emsland kritisiert aber gerade die zu geringe Zahl der Kontrollen: „Dem Zoll fehlt es einfach an Manpower, um die Baustellen intensiv zu überwachen. Die Zollfahnder kommen personell nicht hinterher.“

Nur nur halb so viele Baufirmen kontrolliert

Im Bereich Bau wurden im vergangenen Jahr mit 564 Firmenprüfungen nur noch knapp halb so viele Firmen kontrolliert wie 2014. Auch die Personenbefragungen ließen von 10.030 im Jahr 2014 auf 6.272 im Jahr 2015 nach. Dabei wurden etwa 15 Prozent weniger Verstöße als im Vorjahr festgestellt.

Deutlicher Kontrollrückgang der Fleischindustrie

Deutlich ist der Rückgang der Kontrollen auch im Bereich der Fleischindustrie, die oft für die Ausbeutung von Werkvertragnehmern kritisiert wird. Während laut der Zoll-Jahresbilanz 2014 im Bereich Fleischwirtschaft 36 Firmen kontrolliert und 736 Personen befragt wurden, waren es 2015 nur noch 22 Firmen. Zudem sank die Zahl der Personenbefragungen um mehr als Dreiviertel auf nur noch 173. 2014 wurden bei den Kontrollen in diesem Bereich 31 Verstöße festgestellt, während es 2015 nur noch 21 waren.

„Osnabrück ist symptomatisch“

„Die Lage in Osnabrück ist leider symptomatisch“, sagt die Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik bei den Grünen im Bundestag, Brigitte Pothmer, auf Anfrage unserer Redaktion. „Die für die Kontrolle des Mindestlohns versprochenen zusätzlichen 1600 Stellen werden erst 2022 vollständig besetzt sein, da die Bundesregierung die nötigen Mittel nur verzögert zur Verfügung stellt und viel zu spät damit begonnen hat, das erforderliche Personal auszubilden.“ Schon jetzt seien von den verfügbaren Stellen bundesweit rund 600 Stellen bei der FKS nicht besetzt.

„Ein Drittel Betriebe weniger kontrolliert als 2014“

Die Konsequenz des Personalmangels auf Bundesebene: „Ausgerechnet im Jahr der Mindestlohneinführung wurden rund ein Drittel Betriebe weniger kontrolliert als 2014. Das ist ein schlechtes Signal, denn fehlende Kontrollen laden zur Umgehung des Mindestlohns ein“, fasst sie zusammen. Damit sich die Lage für die FKS entspanne, fordert sie neben einer angemessenen Personalausstattung auch die Abschaffung der Mindestlohn-Ausnahmen. Diese würden die Kontrollen nur aufwendiger machen und nichts bringen.

„Bundesregierung verwaltet nur den Personalmangel“

Die Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen im Bundestag, Beate Müller-Gemmeke, hat mit mehreren FKS-Mitarbeitern gesprochen und fügt hinzu: „Die Kontrollen brauchen mittlerweile viel Zeit. Die FKS muss in die Betriebe und alle Unterlagen, die Arbeitsstunden, Leiharbeitsverhältnisse und auch Werkverträge kontrollieren.“ Dafür fehle es aber an ausreichend Personal. „Die Bundesregierung verwaltet nur den Personalmangel. Das ist nicht akzeptabel“, betont Müller-Gemmeke. Notwendig seien effektive Überprüfungen und eine hohe Kontrolldichte. Nur so würden die Beschäftigten vor Lohndumping und die Betriebe vor Schmutzkonkurrenz geschützt.